

ANTRAG AN DAS WIRTSCHAFTSPARLAMENT
der Wirtschaftskammer Niederösterreich am 10.5.2023

„NEIN zur flächendeckenden Lkw-Maut“

Beschluss:

Die Wirtschaftskammer Niederösterreich möge an das Land NÖ und an die Wirtschaftskammer Österreich mit dem Anliegen herantreten, dass das im Arbeitsübereinkommen 2023-2028 der neu konstituierten NÖ Landesregierung festgeschriebenen Bekenntnis „Keine Lkw-Maut auf Bundes-, Landes und Gemeindestraßen“ als „Best Practise Beispiel für die Wirtschaft“ auf alle Bundesländer ausgerollt wird.

Begründung:


Derzeit müssen Lkw über 3,5t hzG eine Maut für das Benützen von Autobahnen und Schnellstraßen abhängig von Kilometerleistung, Abgasklasse, Achszahl und Tageszeit entrichten.

Immer wieder werden Überlegungen laut, zukünftig auch auf dem sogenannten niederrangigen Straßennetz (Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen) eine Maut als Benützungsgeld einzuführen. Von dieser „flächendeckenden“ Mautpflicht sollen Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 t betroffen sein.

Folgende Punkte sprechen dagegen:

- Eine flächendeckende Lkw- Maut auf dem niederrangigen Straßennetz würde die derzeit ohnehin unerträglich hohe Inflation weiter anheizen, wäre ein Abschlag von einem möglichen Wirtschaftswachstum, ein Anschlag auf die Kaufkraft und ein Rückschlag für strukturschwache Regionen. Ländliche Regionen würden im Wettbewerb massiv geschwächt. Zudem widerspricht das den Anstrengungen der Politik, gerade periphere Gebiete zu stärken.
- Nicht nur Unternehmen in ländlichen Regionen, auch jene, die im internationalen Wettbewerb stehen, wären ganz besonders in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschwächt, weil eine flächendeckende Lkw-Maut in erster Linie heimische Unternehmen treffen würde.
- Hohe Kosten und im Verhältnis geringe Einnahmen
Derzeit haben wir in Österreich eines der effizientesten Mautsysteme im internationalen Vergleich. Nur sieben Prozent der Einnahmen gehen für die Erhaltung des Systems und den laufenden Betrieb auf. Danach wäre genau das Gegenteil der Fall: Die Systemkosten (Errichtung eine neuen Satelliten Erfassungssystems, Geräteeinbau in allen Fahrzeugen, aufwändiges Kontrollsystem) wären hoch: 350 Mio. Euro! - den Ländern würde wenig von den Einnahmen übrig bleiben.

- Bereits vor über 8 Jahren wurde von Univ. Prof. Dr. Sebastian Kummer im Rahmen einer eigens durchgeführten Studie errechnet, dass eine flächendeckende Lkw-Maut für jeden einzelnen Österreicher/jede Österreicherin Mehrkosten von rund 63 bis 77 Euro pro Jahr bedeuten. Mehrkosten die aktuell viel höher wären und aufgrund der derzeit ohnehin unerträglich hohen Inflation und allgemein hohen Kostenbelastung die Bevölkerung nicht tragen kann.



LAbg. Mag. Kurt Hackl
Delegierter zum Wirtschaftsparlament